

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex 8 86 846 ppbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Ulrich Maurer MdL resumiert das Ergebnis des "Runden Tisches" zur rechtsextremistischen Gewalt: Wo bleibt die Selbstkritik des Kanzlers.

Seite 1

Gerd-Peter Wolf MdL setzt sich mit den Wirkungen der Bonner Wohnungspolitik auseinander: Die Bildung von Armenvierteln wird in Kauf genommen.

Seite 2

Dr. Klaus Hänsch MdEP kommentiert Äußerungen des französischen Europaministers über einen Wahlsieg der SPD: "Europa in Gefahr".

Seite 2

Dr. Gerald Thalheim MdB kritisiert die Bonner Haltung gegenüber ostdeutschen Grundstückseigentümern: Bonn hält an zweierlei Bergrecht fest.

Seite 3

Dokumentation

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB stellte in Bonn das von Horst Heimann herausgegebene Buch "Sozialdemokratische Traditionen und demokratischer Sozialismus 2000" vor: Auf die stummlernde Kraft der Vision können wir nicht verzichten. Wortlaut

Seite 4

48. Jahrgang / 185

28. September 1993

Wo bleibt die Selbstkritik des Kanzlers?

Helmut Kohl versuchte am "Runden Tisch" von den Ursachen der rechtsextremistischen Gewalt abzulenken

Von Ulrich Maurer MdL

Innenpolitischer Sprecher der SPD

Mitglied der Kommission Regierungsprogramm 1994

Die Äußerungen Helmut Kohls beim sogenannten "Runden Tisch" zur Gewalursachenforschung sind nichts anderes als ein selbstgefälliges Ablenkungsmanöver.

Statt die Verantwortung den Elternhäusern oder Schulen zuzuschieben, wie dies der Bundeskanzler in seinen Äußerungen indirekt getan hat, wäre es an der Zeit, selbstkritisch über die Rolle nachzudenken, die die Bonner Regierung und die Unionsparteien in den letzten zehn Jahren gespielt haben.

Die fortschreitende Entsolidarisierung in der Gesellschaft, das Prägen egoistischer Leitbilder, die Ausgrenzung von Minderheiten und ihre zunehmende soziale Benachteiligung sind untrennbar mit der Ära Kohl verbunden.

In einer Eilenbogengesellschaft, wie sie sich in den letzten zehn Jahren entwickelt hat, geht zwangsläufig die Solidarität auch mit den Opfern von Gewalttaten verloren.

Rechtsextreme Gewalttaten gedeihen auf einem Nährboden des egoistischen Wegsehens und der fehlenden Bereitschaft, sich für die Angegriffenen einzusetzen. Gewaltdarstellungen in den Medien sind das Ergebnis einer Politik, die jede moralische Orientierung kommerziellen Interessen untergeordnet hat.

(-/28. September 1993/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zzügl. MwSt. und Versand.

Verleger: Ulrich Maurer
Redaktion: Rudolf Schwinn
Kunst- und Druckerei



Die Bildung von Armenvierteln wird in Kauf genommen
Zu den gefährlichen Wirkungen der Bonner Wohnungspolitik

Von Gerd-Peter Wolf MdL

Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Die Bundesregierung gefährdet sozialen Wohnungsbau - und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland.

Während es anerkanntermaßen einen deutlichen Mangel an bezahlbarem Wohnraum gibt und die Einkommensgrenzen für den Bezug einer Sozialwohnung seit 1980 unverändert geblieben sind, verkündet die Bundesregierung Maßnahmen "zur Sicherung des Standortes Deutschland".

Im Wohnungsbau bedeutet das den Versuch, ein bewährtes Fördersystem für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen durch eine einkommensbezogene Förderung zu ersetzen, ohne aber zu sagen, wie so etwas letztlich aussehen soll. Statt zur "Sicherung" des Standortes Deutschland und der Lebensverhältnisse seiner Bürger mit weniger üppigen Einkommen die Haushaltsmittel für den sozialen Wohnungsbau zu erhöhen, kürzt die Bundesregierung diese Mittel in den nächsten Jahren um eine Milliarde Mark. Mit der ebenfalls vorgesehenen Kürzung von Arbeitslosen- und Unterhaltshilfe würden mit den Ausgabenkürzungen weitere Lasten auf die Kommunen abgewälzt. Zu den steigenden Sozialhilfeleistungen steuert die Bundesregierung aber keine Mark bei.

Der Bund nimmt mit seiner Wohnungsbaupolitik die Bildung von Armenvierteln in Kauf, weil in Wohnvierteln mit einem hohen Bestand an Sozialwohnungen einseitige Mieterstrukturen entstehen müßten. Gleichzeitig mit den Kürzungen im Wohnungsbau lehnt die Bundesregierung seit langem beharrlich ab, die Einkommensgrenzen, die für die Berechtigung zum Sozialwohnungsbezug maßgebend sind, anzuheben. Die Grenzen sind seit 1980 unverändert. Heute könnten diese Grenzen nur noch von Rentnern und Sozialhilfeempfängern eingehalten werden, während Facharbeiter oder eine Krankenschwester eine für sie bezahlbare Wohnung nur mit fast unüberwindbaren Schwierigkeiten bekommen können. Diese Bundesregierung hat immer noch nicht erkannt, daß der Wohnungsmarkt auf dem sozialen Auge blind ist und die betroffenen Personenkreise bei der Bewältigung ihrer Wohnungsprobleme Hilfe brauchen.

(-/28. September 1993/rs/fr)

"Europa in Gefahr"

Frankreichs Europaminister befürchtet den Wahlsieg der SPD

Von Dr. Klaus Hänsch MdEP

Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Parteien Europas (SPE) im Europäischen Parlament

In einem Interview mit der linksunabhängigen Tageszeitung "Liberation" hat der französische Europaminister Alain Lamassoure die Wahlkampf-Alarmglocken geläutet. Zwar kann niemanden beunruhigen, daß sein "Kandidat" im Superwahljahr Helmut Kohl ist - zumal Lamassoure ja an keiner der Wahlen in Deutschland teilnimmt - aber, aber, Herr Minister, daß Europa gleich in Gefahr ist, wenn die gegenwärtige Mehrheit in Frankreich und in Deutschland die Union abtreten muß? Da scheinen mehr persönliche Existenzängste im Spiel zu sein als begründbare Befürchtungen.

Lamassoure behauptet, auf dem jüngsten Parteitag der SPD sei eine Resolution verabschiedet worden, die besonders restriktiv in Bezug auf den äußeren Einsatz der Bundeswehr sei. Lamassoure: "Es ist klar, daß es keine gemeinsame Verteidigungspolitik und deshalb auch keine gemeinsame Außenpolitik geben wird, wenn das Aktionsgebiet der Bundeswehr derart begrenzt bleibt."

Leider kennt der UDF-Minister offenbar die SPD-Beschlüsse nur vom Hörensagen, vermutlich in der vom Adenauerhaus oder Herrn Schäuble vorgenommenen Interpretation. Tatsache ist: Die SPD-Beschlüsse lassen durchaus eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik zu - allerdings eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik (Betonung auf europäische und Verteidigung) und keine Welt-Interventionspolitik.

Eine solche Politik muß auf der Grundlage der Gleichberechtigung festgelegt und unter gemeinsamer europäischer demokratischer parlamentarischer Kontrolle stehen. Um das zu erreichen müßte Frankreich noch einige Anstrengungen unternehmen.

Daß Alain Lamassoure in seinem "Liberation"-Interview als Beispiel für eine wirkliche gemeinsame Politik nun ausgerechnet die Agrarpolitik angibt, hat für die künftige europäische Verteidigungspolitik eher abschreckende Wirkung - wahrscheinlich nicht nur bei den deutschen Sozialdemokraten.

(-/28. September 1993/rs/fr)

Bonn hält an zweierlei Bergrecht in Deutschland fest

Die Grundstückseigentümer in Ostdeutschland werden durch die Bundesregierung benachteiligt

Von Dr. Gerald Thalheim MdB

Mit dem Antrag verfolgten die SPD-Abgeordneten das Ziel, gleiche Eigentumsrechte im vereinigten Deutschland herzustellen. Die letzte Volkskammer der DDR hatte unter den damaligen Bedingungen die Entscheidung getroffen, das DDR-Bergrecht im Einigungsvertrag fortzuschreiben.

Die Situation hat sich seitdem gewandelt. Wer hätte sich 1990 vorstellen können, daß es im geeinigten Deutschland möglich sein würde, daß die Bundesregierung der Treuhandaanstalt erlaubt, Abbaufelder an Bauzuschlagsstoffen (Stein, Kiese, Sand usw.) zu verkaufen, ohne daß die Grundeigentümer gefragt werden?

Das ist umso unverständlicher, als es die gleiche Bundesregierung ist, die von den ehemaligen DDR-Machthabern mit Recht die ständige Verletzung von Eigentümerinteressen vorwirft.

Die Korrektur der Enteignungsfolgen ist es, die das heutige Zusammenwachsen in Deutschland erschwert und uns künftig noch erhebliche Lasten auferlegen wird, was erst in der vergangenen Woche bei der Anhörung zum Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz deutlich wurde.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, daß die Bundesregierung an zweierlei Bergrecht in Deutschland festhalten will, womit neues Unrecht geschaffen wird.

Um das zu unterbinden, ist von der SPD der Antrag auf Angleichung der Rechtsverhältnisse beim Bergrecht gestellt worden. Artikel 15 Grundgesetz (Garantie der Eigentumsrechte) muß in den neuen Ländern voll zur Geltung kommen.

Dieser Artikel wird ständig im Mund geführt, wenn es darum geht Restitutionsansprüche zu begründen, selbst in den Fällen, wo das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 23. April 1991 eine klare Entscheidung getroffen hat.

Unverständlich ist, daß es im Treuhandausschuß ausgerechnet die CDU-Abgeordneten aus den neuen Ländern, an ihrer Spitze der ehemalige Verkehrsminister Günter Krause, waren, die sich gegen diesen Antrag ausgesprochen haben. Die betroffenen Grundstückseigentümer sollten sich diese Mißachtung ihrer Rechte nicht länger gefallen lassen und gegen die Entscheidung der Bundesregierung Sturm laufen.

(-/28. September 1993/rs/fr)

DOKUMENTATION

Auf die stimulierende Kraft der Vision können wir nicht verzichten

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB stellte am 28. September im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn das von Horst Heimann herausgegebene Buch "Sozialdemokratische Traditionen und demokratischer Sozialismus 2000" vor. Das im Kölner Bund-Verlag erscheinende Buch enthält Beiträge von Karlhainz Blessing, Erhard Eppler, Helga Grabing, Regine Hildebrandt, Susanne Müller, Kurt Nemitz, Franz Steinkühler, Wolfgang Thierse, Heidemarie Wieczorek-Zauf und Karl Georg Zinn. Wir dokumentieren die Ausführungen von Dr. Vogel.

An Sammelbänden, die - mitunter auch vorveröffentlichte - Beiträge unterschiedlicher Autoren unter relativ allgemeinen Titeln zusammenfassen, ist wahrlich kein Mangel. Man kann auch nicht behaupten, daß sich alle diese Sammlungen mit aktuellen Fragen befassen und zu deren Beantwortung Substantielles beitragen. Im Gegenteil: Bei nicht wenigen dieser Publikationen bedeutet es für das reale Geschehen kaum einen Unterschied, ob sie erscheinen oder nicht erscheinen. Deshalb hält sich auch der Kreis derer, die solche Publikationen von vorne bis hinten lesen, in überschaubaren Grenzen. Ich bin nicht einmal ganz sicher, ob die Rezensenten oder diejenigen, die bei der Präsentation eines solchen Bandes das Wort nehmen, ausnahmslos zu diesem Kreis gehören.

Im konkreten Fall ist das ganz anders.

Zunächst habe ich die 231 Seiten des Buches - wie ich hoffe sorgfältig - gelesen. Das bin ich schon meinem Ruf als "Oberlehrer" schuldig. Vor allem aber ist die Frage, ob der demokratische Sozialismus als Programm, als Bewegung und als Begriff noch eine Zukunft hat, durchaus aktuell. Und der Band gibt Antworten auf diese Frage, die es verdienen, ernstgenommen zu werden.

Ich sagte, das Thema ist aktuell. Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der dogmatischen Systeme, die sich selbst als real existierender Sozialismus ausgaben, verkünden viele auch das Ende des demokratischen Sozialismus. Und manche bemühen sich, diese Aussage gleich auch auf die Sozialdemokratie zu erstrecken, indem sie die schon früher geäußerte These vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts von neuem aufgreifen. Für dieses Verdikt werden unterschiedliche Gründe genannt. So, daß der Kapitalismus endgültig gesiegt und damit auch die Programmatik des demokratischen Sozialismus ein für alle Mal widerlegt und aus dem Felde geschlagen habe. Oder daß der Kapitalismus in seiner heutigen Ausprägung als soziale Marktwirtschaft alle relevanten Reformvorstellungen des demokratischen Sozialismus in sich aufgenommen habe. Solche Argumente kommen bemerkenswerterweise - insbesondere Horst Heimann verweist darauf zu Recht und nennt ganz konkrete Beispiele - auch von Personen, die in der Vergangenheit die deutsche Sozialdemokratie von links kritisiert haben. Häufig wird dabei auch darauf verwiesen, daß die Sozialdemokratie in den sogenannten Transformationsstaaten bisher kein politisches Gewicht erlangt hat und auch im Westen - so etwa in Frankreich, in Italien oder in Japan - erhebliche Rückschläge hat hinnehmen müssen. Als Mindestes raten Besorgte - auch in den eigenen Reihen - auf die Verwendung des Begriffs demokratischer Sozialismus zu verzichten, weil die Verwechslungsgefahr zu groß sei und er die Leute - nicht nur in den ehemals kommunistischen Staaten - irritiere.

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich dieser Diskussion, bei der es um nicht weniger als um ein wesentliches Stück ihrer geschichtlichen Identität und ihres Selbstverständnisses geht, bisher kaum gestellt. Sie ist ihr eher ausgewichen und hat dadurch die Zweifel eher vermehrt. Ja - einige haben in diese Zweifel miteingestimmt, und damit das Gefühl der Unsicherheit und der Orientierungslosigkeit, das angesichts der gewaltigen Herausforderung in einer Zeit fundamentaler Umbrüche ohnehin um sich greift, noch erhöht.

Es ist deshalb lebhaft zu begrüßen, daß sich in dieser Publikation ausgewiesene Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen zu Wort melden und sich konkret äußern. Soweit ich das verstanden habe, treten sie sämtlich dafür ein, weder die Sache noch den Begriff preiszugeben. Und sie tun das mit guten Argumenten.

Das sind die wichtigsten:

Erstens: Die Gleichsetzung des demokratischen Sozialismus mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Ersetzung des Marktes durch die Planwirtschaft sowie die Vorstellungen, die Geschichte bewege sich gesetzmäßig auf eine solche Ordnung zu, sind - wie Susanne Miller und Helga Grebing einmal mehr darlegen - schon von Bernstein revidiert und spätestens im Godesberger Programm endgültig aufgegeben worden. Seitdem gilt auch programmatisch der vom Berliner Programm bestätigte Satz: "Wettbewerb soweit wie möglich - Planung soweit wie nötig." Und es gilt, daß der demokratische Sozialismus keinen eines Tages einzutretenden Endzustand, sondern eine dauernde Aufgabe darstellt, deren Bewältigung sich an den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu orientieren hat. Gerade darin und in der uneingeschränkten Bejahung der Demokratie, an der die Sozialdemokratie von Anbeginn an unverrückbar festgehalten hat, liegt der fundamentale Unterschied gegenüber dem sogenannten "real existierenden Sozialismus", also der kommunistischen Perversion des Sozialismus, die an diesen Defiziten und an der Instrumentalisierung des Menschen, das heißt aber an seinem Menschenbild gescheitert ist.

Zweitens: Unsere Gesellschaft bedarf einer Gesamtvorstellung, die erkennen läßt, welchen Zielen die Politik dienen soll, welche Prioritäten sie dabei setzt und wie sie diese Ziele erreichen will. Diese Gesamtvorstellung muß der Fortentwicklung, das heißt dem Wandel infolge besserer Einsicht zugänglich sein. Ohne eine solche Gesamtvorstellung kann Politik nicht vorausschauend gestalten. Sie beschränkt sich dann im Ergebnis auf den Vollzug der sogenannten Sachzwänge.

Drittens: Unsere Gesellschaft kann auf die stimulierende Kraft der Vision einer besseren und gerechteren Gesellschaftsordnung nicht verzichten. Ohne diese Vision - Neil Postmann spricht von einer "konstruktiven Erzählung", die der Vergangenheit Bedeutung zuschreibt, die Gegenwart erklärt und für die Zukunft Orientierung liefert - wären die Reformen, die unsere gesellschaftliche Ordnung im Laufe dieses Jahrhunderts menschenwürdiger gemacht haben, nicht durchzusetzen gewesen. Und ohne diese Vision, ohne diese "Erzählung" wird die Bewußtseinsänderung, deren wir angesichts der grundlegenden Veränderungen fast aller relevanten Gegebenheiten - ich nenne als einziges Beispiel nur die aus ökologischen Gründen zwingend gewordene Begrenzung und inhaltliche Neubestimmung des Wachstums - auf den meisten Feldern in einem dramatischen Ausmaß bedürfen, schon deswegen nicht gelingen, weil wir ohne sie in einer Flut von widersprüchlichen Informationen ertrinken und die Orientierung verlieren würden.

Erhard Eppler enthüllt in diesem Zusammenhang in seinem Beitrag ein Geheimnis, das innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zu den bestgehütetsten gehört: nämlich, daß die deutsche Sozialdemokratie in Gestalt des Berliner Programms von 1989 eine solche Gesamtvorstellung, eine solche Vision besitzt. Und er konkretisiert das anhand von fünf zentralen Aussagen dieses Programms, nämlich an den Aussagen über das Bild vom Menschen, das Bild von Geschichte, das Bild von Wirtschaft, das Bild vom Staat und das Bild von Politik. In einer wohlthuenden Sprache und mit großer Prägnanz beschreibt er dabei, was heute unter demokratischem Sozialismus zu verstehen ist. Und ich stimme seiner Feststellung, daß das Programm durch die deutsche Einigung und den Zusammenbruch des Kommunismus keineswegs überholt ist, sondern - so füge ich hinzu - dadurch an Aktualität noch gewonnen hat, ausdrücklich zu. Es ist hoch an der Zeit, daß die deutsche Sozialdemokratie mit diesem Pfund zu wuchern beginnt. Auch hier gilt nämlich, wer zu spät kommt, wer ein solch wichtiges Feld zulange unbeackert oder sogar dem Gegner überläßt, den bestraft das Leben.

Was für den Inhalt des Begriffs gilt, gilt auch für den Begriff selbst. Ich bleibe dabei: Neben Personen prägen auch Begriffe die Geschichte und die Identität der Gemeinschaft. Unsere Partei lebt mehr aus ihrer eigenen Geschichte als andere Parteien. Und deshalb sollten wir nicht vergessen und nicht verschweigen, daß die Kommunisten überall dort, wo sie an die Macht gelangen, zuerst diejenigen verfolgten und unterdrückten, die sich weiterhin zu den Grundwerten des demokratischen Sozialismus bekannten. Schließlich sollte man auch dem Versuch, ein Gut zu rauben oder zu stehlen, nicht durch Preisgabe eben dieses Gutes begegnen. Und das schon gar nicht, wenn der Versuch ersichtlich gescheitert ist.

Was schließlich die Kräfte angeht, die sich zur politischen Aktivität im Rahmen der Grundvorstellungen innerhalb und außerhalb der Partei zusammenfinden und sich zu diesem Zweck um die Verantwortung in unserem Gemeinwesen bemühen, hat Karlheinz Blessing Bedenkenswertes ausgeführt. Es bleibt zu hoffen, daß seine Ansätze, die mit dem großen Erfolg der Mitgliederbeteiligung am 13. Juni 1993 einen starken Impuls erfahren haben, weiterverfolgt werden.

Sie sehen - ich habe in dem Werk viel Gutes gefunden. Gut erscheint mir auch, daß die theoretischen Erwägungen mit der konkreten Erörterung drängender Probleme einhergehen. So setzen sich Wolfgang Thierse und Regine Hildebrandt mit dem gegenwärtigen Stand des deutschen Einigungsprozesses, Heidi Wieczorek-Zeul mit dem seit Bebels berühmtem Buch auf der Tagesordnung der deutschen Sozialdemokratie stehenden Thema der tatsächlichen Gleichberechtigung, Kurt Nemitz mit der wirtschaftlichen Situation und Karl-Georg Zinn mit der bereits in Gang befindlichen zweiten strukturellen Revolution - also dem Übergang von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft - auseinander.

Die soziale Frage als globale Frage

Für eine Neuauflage oder einen Folgeband böten sich noch eine Reihe weiterer Themen an. Ohne Vollständigkeit nenne ich die Globalisierung vieler Probleme, die heute die soziale Frage als eine globale Frage erscheinen und die Vermeidung ökologischer Katastrophen nur noch aufgrund eines weltweiten Zusammenwirkens als möglich erscheinen lassen. Das Spannungsverhältnis zwischen Individualisierung und Solidarität, dessen Bewältigung meines Erachtens deutlichere Grenzen der Selbstverwirklichung und ein Mindestmaß an sogenannten Sekundärtugenden erfordert. Und die gegenwärtige Verfassungsreformdiskussion. Sie deshalb, weil sich dabei eine günstige Gelegenheit bietet, die Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und konservativen Grundpositionen deutlich zu machen.

Notwendig erscheint mir auch eine stärkere Auseinandersetzung mit der Programmatik anderer gesellschaftlich relevanter Kräfte - mit ihren "Erzählungen", um noch einmal Neil Postmann zu zitieren. Dabei meine ich nicht nur die konservativen und die liberalen Programme, sondern auch die evangelische Sozialethik und die katholische Soziallehre. Insbesondere letztere hat uns in ihren jüngsten Ausprägungen einiges zu sagen. Nicht umsonst hat Neil-Breuning schon das Godesberger Programm wegen seiner Nähe zu manchen Elementen der Soziallehre gerühmt.

Zu Anfang habe ich behauptet, der Sammelband, der heute vorgestellt wird, sei nicht überflüssig, sondern relevant; er verdiene, gelesen zu werden. Ich hoffe, viele werden dieser Ansicht nach eigener Lektüre zustimmen. Es würde mich freuen, wenn die Wirkungen dieser Lektüre alsbald zu spüren wären, nicht zuletzt in der eigenen Partei.

In diesem Sinne danke ich den Autoren und Autorinnen, dem Herausgeber und dem Verlag und wünsche Ihrem Unternehmen einen vollen Erfolg.

(-/28. September 1993/rs/fr)
